

## SPEZIAL

REGION

Der Film «Wäterschmöcker» wird in Schwyz uraufgeführt.

SEITE 27

FERNSEHPROGRAMM

In einem Mordprozess wird die Staatsanwältin zur Gejagten.

SEITE 39

# «Motiviert, die Zukunft mitzugestalten»

Seit eineinhalb Jahren ist Regierungsrat Peter Reuteler Vorsteher des neu geschaffenen Sicherheitsdepartements mit den beiden Pfeilern Justiz und Polizei. Er nimmt Stellung zu Fragen der inneren Sicherheit, zur Rolle der Bezirke und zu einer weiteren Kandidatur.

Mit Peter Reuteler sprach Franz Steinegger

Seit dem 1. Juli 2008 ist die Verwaltungsreform in Kraft, welche die Departemente neu aufteilte. Sie haben die Raumplanung und die Kulturpflege, inklusive des Staatsarchivs, abgegeben und sind neu als Vorsteher des Sicherheitsdepartements neben Justiz und Justizvollzug nun für Polizei, Militär, Feuer und Zivilschutz zuständig. Warum haben Sie sich so entschieden und nicht für das Umweltdepartement?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Ursprünglich stellte ich mich darauf ein, das Umweltdepartement aufzubauen. Doch dann trat überraschenderweise Landammann Alois Christen nicht mehr an. Dadurch wurde das neue Sicherheitsdepartement, zusammengesetzt aus Justiz und Polizei, frei. Da ich bereits das Justizdepartement geleitet hatte, war die Übernahme des Sicherheitsdepartements fast gegeben. Zudem hatten mich als Justizdirektor zwei Sachen viel beschäftigt: die Justizreform – das Ersetzen der Untersuchungsrichter durch Staatsanwälte – und die neu ins Leben gerufene Verfassungskommission. Das wollte ich weiterhin begleiten. Zudem hatte ich eine gute Zusammenarbeit mit den Juristen und konnte auf der Erfahrung aus dem Justizdepartement aufbauen.

Hat sich die Umstrukturierung bewährt?

Ja, denn dadurch haben wir Platz geschaffen für das neue Umweltdepartement, was gesamtschweizerisch in dieser Zusammensetzung eine Pioniertat ist. Wir konnten auch im Sicherheitsdepartement die Arbeitsprozesse vereinfachen und Arbeitsabläufe beschleunigen – beispielsweise indem der Justizvollzug mit der Bewährungshilfe nun im gleichen Departement angesiedelt ist wie die Polizei. Dadurch können Synergien genutzt werden.

## Zur Person

**Name:** Peter Reuteler  
**Geburtsdatum:** 16.06.1946  
**Wohnort:** Wollerau  
**Zivilstand:** verheiratet, zwei erwachsene Kinder  
**Beruf:** Regierungsrat  
**Hobbys:** Joggen, Skifahren, Kochen, Reisen  
**Stärken:** lösungsorientiertes Schaffen  
**Schwächen:** etwas ungeduldig



Regierungsrat Peter Reuteler: «Ich habe ein Problem: Ich fühle mich noch zu jung.»

Bild ste

Ihr Departement muss jährlich etwa 400 Beschwerdeentscheidungen für den Regierungsrat vorbereiten. Worum geht es inhaltlich? Man kann von vier Hauptkategorien sprechen: Nutzungsplanungen, Bausachen, Fürsorgefälle und Vormundschaftsprobleme.

Gibt es da Tendenzen, Zeiterscheinungen? Sind die Leute in wirtschaftlich schlechteren Zeiten weniger streitsüchtig, weil das Geld dazu fehlt?

Letztes Jahr hatten wir einen Rekord an Beschwerden, heuer sind es etwas weniger. Tendenziell nimmt die Zahl aber eher zu. Es kann zu Verlagerungen kommen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten nehmen Baubeschwerden eher ab, dafür nehmen Beschwerden im Fürsorgebereich zu.

Worauf führen Sie die generell tendenzielle Zunahme zurück?

Man ist wahrscheinlich weniger tolerant, die Streitbereitschaft nimmt eher zu. Es ist leider so, dass man nicht mehr das Gespräch sucht, sondern sich über Einsprachen und Beschwerden vorwärtsbewegt.

Sie sind der zuständige Regierungsrat, welcher die Sicht der Regierung bei der Ausarbeitung einer neuen Kantonsverfassung begleitet. Wie weit ist man in dieser Sache?

Dazu möchte ich nicht zu viel sagen, denn das ist Sache der Verfassungskommission. Eine der zentralen Fragen wird sich um die Durchführung der Kantonsratswahlen drehen. Sollen

sie im bisherigen Proporzsystem, im Majorzsystem oder in einer Mischform abgehalten werden?

Ist die Abschaffung der Bezirksebene ein Thema? Man hört ja, dass selbst die Bezirksräte für Reformen sind.

Die Gesprächskultur mit den Bezirken hat sich verbessert. Für mich ist es erfreulich, dass die Bezirksräte einen gewissen Reformbedarf herausgespürt haben und dadurch Bewegung in die Sache kommt. Wenn Lösungsansätze von den Bezirken kommen, ist das sehr erfreulich.

## «Bereitschaft zu streiten nimmt zu»

Die Bezirke und Gemeinden sind in der Verfassung aber vorgesehen?

Ja, natürlich, aber sie sollen nicht mehr namentlich aufgeführt werden. Auf diesem Fundament können zukunftsrichtige Lösungen gesucht werden, ohne dass gleich die Verfassung neu angepasst werden muss. Das wird im Gemeindeorganisationsgesetz GOG geregelt. Jetzt müssen wir – Kanton, Bezirke und Gemeinden – zusammenarbeiten, um die für das Volk und die Zukunft besten Lösungen zu finden.

Ihr Departement ist zuständig für

die Kommunaluntersuche. Funktionieren unsere Bezirke und Gemeinden gut?

Wir gehen während einer Legislatur einmal bei jedem Bezirk und jeder Gemeinde vorbei. Dabei prüfen wir, ob die Bezirke und Gemeinden verfassungs- und gesetzeskonform geführt und verwaltet werden. Gleichzeitig wollen wir Schwachstellen eruieren und herausfinden, wo wir unsere Gemeinwesen beratend oder mit gezielten Ausbildungen unterstützen können. Generell gilt die Feststellung, dass in den Bezirken und Gemeinden gut gearbeitet wird.

Sind kleinere Gemeinden nicht oftmals überfordert?

Sie funktionieren erstaunlich gut. Die kleineren Gemeinden wissen, wo sie in der kantonalen Verwaltung Unterstützung holen können. Sie wehren sich für eine möglichst hohe Selbstständigkeit. Natürlich gibt es noch Potenzial. Die Gesetzgebung wird immer komplexer, beispielsweise in der Raum- und Verkehrsplanung und im Bauwesen, im Vormundschaftsbereich oder in der elektronischen Übermittlung.

Wäre das nicht eine neue Aufgabe für die Bezirke?

Natürlich. Es gäbe viele Aufgaben, welche regional gelöst werden könnten, beispielsweise in zwei oder drei Kompetenzzentren.

Wenn man laut denkt: Ideal wäre ein innerer, ein mittlerer und ein äusserer Bezirk.

Ja, dies ist ein mögliches Denkmotiv. Aber jedes neue Modell muss eine Mehrheit finden, was nicht einfach ist.

Wären die Gemeinden bereit, Aufgaben an die Bezirke abzugeben?

Bei der Diskussion um eine neue Aufgabenteilung zwischen unseren drei Ebenen Kanton, Bezirke und Gemeinden wird man auf jeder Stufe die Frage stellen müssen, welche Aufgaben erfüllt sinnvollerweise diese Ebene und welche Aufgaben werden einer oberen oder unteren Ebene überlassen. Die Frage stellt sich also auch beim Kanton, und die Bezirke selbst müssen sich fragen, in welcher Form und Grösse sie geeignet sind, regionale Aufgaben zu erfüllen.

Thema Sicherheit: Trotz Aufstockung der Polizeikräfte fühlt sich die Bevölkerung weniger sicher. Wüste Schlägereien gehören fast schon zum Wochenende. Müsste die Polizei nicht andere Prioritäten setzen? Salopp gesagt: Für Bussenausteilen hat die Polizei Zeit, bei Gewaltexzessen jedoch wird zu wenig gemacht.

Ihre Annahme scheint mir nicht richtig. Ich habe den Eindruck, gesamthaft fühle sich die Bevölkerung sicherer. So haben wir die durchschnittliche Interventionszeit auf 14 Minuten gesenkt. Die Patrouillen in der Freitag- und Samstagnacht wurden verstärkt. Sie werden begleitet von geschultem Personal, das sich im Umgang mit Jugendlichen auskennt. Wir haben einen sehr engagierten Auftritt der Polizei, gerade bei der Prävention. Einbrüche konnten wir massiv reduzieren. Aber es ist so: Die Gewalttätigkeit bei den Jugendlichen hat zugenommen, das ist ein gesellschaftliches Problem. Gerade bei der Prävention im Zusammenhang mit Jugendgewalt setzen wir einen neuen Schwerpunkt. Bussen austeilern ist schon lange nicht mehr die Haupttätigkeit der Polizei.

## «Bezirksräte spüren Reformbedarf»

Versagt die Justiz?

Diese Frage muss die Justiz beantworten. Die Polizei setzt alles daran, Straftaten zu verhindern und Straftäter zu überführen. Die Justiz muss dann die entsprechenden Folgen gemäss den bestehenden Gesetzen anordnen.

Wird das Gesetz zu wenig ausgereizt?

(Zögert) Nochmals: Die Bestrafung der Täter ist Sache der Justiz, das heisst der Untersuchungsrichter und der Gerichte. Die Gesetze geben einen bestimmten Strafrahmen vor, innerhalb dessen die Gerichte nach der Schwere des Verschuldens die Strafen festlegen.

Zurück zur Polizei. Der Respekt

gegenüber Polizisten geht mehr und mehr verloren. Welche Massnahmen sind diesbezüglich geplant?

Ihre Feststellung ist sehr zutreffend. Es ist erschreckend, was die Polizisten alles erdulden müssen. Sie können oft nicht reagieren, weil sie in der Minderheit sind. Deshalb ist es notwendig, dass wir mit genügend Polizeikräften intervenieren können, um Fehlverhalten zur Rechenschaft ziehen zu können. Es bleibt aber festzuhalten, dass sich die Mehrheit der Jugendlichen gut verhält.

Muss die Polizei personell weiter aufgestockt werden?

Noch läuft die Polizeistrategie 2010. Dadurch können wir unser Korps bis 2011 auf 235 Polizisten (heute: 220) aufstocken. Damit wollen wir verhindern, dass Polizisten bei Bedarf aus ihrer verdienten Freizeit oder sogar aus den Ferien zurückbeordert werden müssen. 2010 werden zehn neue Polizisten eingestellt, übernächstes Jahr nochmals fünf.

Bereitet die Rekrutierung ein Problem?

Momentan ist das kein Problem. Ab Februar werden acht neue Rekruten ausgebildet. Im September 2010 werden nochmals etwa fünf rekrutiert, auch um die Fluktuationen aufzufangen. Zudem sind wir ein Wachstumskanton, und der Einbruchtourismus macht sich durch die offenen Grenzen bemerkbar. Als die Polizeistrategie 2010 aufgegleist wurde, hatte unser Kanton etwa 130 000 Einwohner, jetzt sind wir bei etwa 145 000. Wir sind mit einem Polizist auf knapp 700 Einwohner nach wie vor am Ende der Skala. Aufgrund der sich abzeichnenden gesellschaftlichen Veränderungen steht bereits die Polizeistrategie 2020 im Raum. Wir möchten den potenziellen Delinquenten signalisieren, dass es sich nicht lohnt, im Kanton Schwyz straffällig zu werden. Dies ist uns mit einem sichtbaren und konsequenten Auftreten aller Polizeikräfte in den letzten Jahren gut gelungen.

Zum Schluss die Gretchenfrage: Sie werden am Ende der Legislatur 65 Jahre alt. Werden Sie nochmals kandidieren?

Diese Frage ist noch offen, denn ich habe ein «Problem»: Ich fühle mich noch jung. Eigentlich bin ich motiviert, die Zukunft dieses Kantons weiterhin aktiv mitzugestalten, denn ich führe ein faszinierendes Departement. Ich darf die Ausarbeitung der Kantonsverfassung begleiten. Danach möchte ich mich bei der Gestaltung der neuen Aufgaben für die Bezirke engagieren. Ich denke, ich habe eine gute Gesprächskultur und möchte die Leute für lösungsorientierte Ergebnisse an einen Tisch bringen. Zudem konnte ich Beziehungen knüpfen, die dienlich sind für solche Aufgabenstellungen – sowohl auf Bundesebene wie auch mit den Bezirken, den Gemeinden und meinen Mitarbeitenden.